Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 67 (1970)

Heft: 6

Artikel: Neue Wege zur Bekämpfung der Armut

Autor: Kohn, Leopold

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-839062

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

bomben, Flammenwerfern und Kriegsschiffen, sondern sie will die politische Freiheit, mit ihr aber auch die Freiheit von wirtschaftlicher Not; sie will Pflüge und Maschinen, um den versprochenen Frieden endlich aufzubauen. Die Menschen der gegenwärtigen Nachkriegszeit fordern die höchste Form der Freiheit, die ihnen bis jetzt auch die großen Demokratien des Westens nicht voll zu gewähren verstunden: nämlich das *Recht und die Freiheit zum Leben,* statt des Fluches, alle paar Jahrzehnte auf den Schlachtfeldern und in den bombardierten Wohnstätten zugrunde zu gehen. Voraussetzung dazu ist aber, daß die Völker, die Menschen selber sich überall entschlossen jedem Versuch, den Kriegsgeist zu verewigen, widersetzen, dem Krieg den Krieg erklären und mit der Mahnung Pestalozzis, eines der Großen in der Menschheitsgeschichte, Ernst machen:

« Wir sind gewarnt, wie die Menschheit selten gewarnt worden ist. Tausend blutende Wunden rufen uns auf eine Weise zu, wie sie in Reihen von Jahrhunderten der Welt niemals zugerufen haben: Es ist dringend, daß wir uns einmal über die Quellen der bürgerlichen und gesellschaftlichen Verirrungen erheben und einmal in der Veredelung unserer Natur selber die Mittel gegen alle Leiden suchen... Laßt uns Menschen werden, damit wir wieder Bürger, damit wir wieder Staaten werden können. »

Paul Schmid-Amman in «Freiheitskampf der neuen Zeit» (1948).

Nachschrift der Redaktion: Paul Schmid-Ammann wurde dieser Tage anläßlich des diesjährigen Dies academicus von der Theologischen Fakultät der Universität Zürich die Würde eines Ehrendoktors verliehen. Wir freuen uns, seine Mahnworte an den Kopf dieser Nummer setzen zu dürfen, und gratulieren dem Geehrten unserseits von ganzem Herzen. *Mw.*

Neue Wege zur Bekämpfung der Armut

Der nachstehende Artikel erschien in der AZ vom 17. April 1970. Der Verfasser, ein ernsthafter junger Sozialpolitiker, macht uns mit einer ganz neuen Auffassung der Armut bekannt, die zu Nachdenken und Diskussionen anregt. *Mw.*

Die Schweiz ist ein wohlhabendes Land. Die Zahl der Bedürftigen ist gering. Um so eher sollte den wenigen Armen tatkräftig zu einem höheren Lebensstandard verholfen werden. Dem steht jedoch unser eigenes, vergangenheitsorientiertes Verhältnis zur Armut im Wege.

Vereinfachend gesagt: wer arm ist, hat sich das selbst zuzuschreiben; seine mangelnde Fähigkeit, sich im Leben zu behaupten, rechtfertigt auch seinen niederen Status in der Einkommenspyramide. Wenn wir ihm dennoch Unterstützung gewähren, so muß er seine Bedürftigkeit nachweisen; er muß sich gefallen lassen, daß Fürsorgeinstanzen durch direkte Zuteilung von Kleidern, Betten und so weiter seine freie Konsumwahl einschränken. Verdient er einmal glücklich ein paar Franken über die Obergrenze der Unterstützungsberechtigung hinaus, so fällt jegliche Hilfe fort, da jetzt sein Existenzminimum ja gewährleistet ist und man Unfähige nicht noch zusätzlich belohnen soll...

Diese Auffassung von Armut, die primär das Selbstverschulden des Armen in den Vordergrund stellt, paßt nicht in unsere Überflußgesellschaft, in der die

Verteilungsgerechtigkeit immer mehr gegenüber dem Wachstumsziel in den Vordergrund rückt.

Doch neben dem moralischen Aspekt gibt es ganz handfeste Gründe, die gegen eine Fürsorgepolitik der geschilderten Art sprechen: Da die Hilfe nur die Lücke zwischen selbstverdientem Einkommen und dem Existenzminimum schließen soll und bei Erreichen eines gewissen Minimaleinkommens wegfällt, besteht für den Unterstützungsempfänger überhaupt kein materieller Ansporn, sich aus der Armengenössigkeit zu befreien. Dies ist ganz analog der hundertprozentigen Besteuerung eines zusätzlichen Einkommens: auch hier fällt der Anreiz, mehr zu verdienen, vom materiellen Gesichtspunkt aus gesehen weg.

Die pragmatisch denkenden Angelsachsen haben deshalb einen äußerst einfachen, doch überzeugenden Gedanken in letzter Zeit wieder aufgenommen, der schon in den fünfziger Jahren vom konservativen amerikanischen Ökonomen Milton Friedman ventiliert wurde, zu dessen Anhängern aber auch viele Arbeiterführer gehören: die Idee einer negativen Einkommenssteuer.

Es geht dabei um folgendes: bis heute ist die Einkommenssteuer nur in einer Richtung wirksam – entweder man ist dem Fiskus etwas schuldig, oder man zahlt (in der untersten Einkommensklasse) keine Steuern. Jetzt soll sie auch in umgekehrter Richtung funktionieren. Jene, die heute wegen niedrigem Einkommen keine Steuern bezahlen, sollen Anrecht auf eine automatisch auszurichtende staatliche Zahlung haben, die – wie die Steuer – progressiv mit dem Einkommen verknüpft ist; je geringer das Einkommen, desto höher die staatliche Leistung. Daher auch der Name negative Einkommenssteuer.

Der eigentliche Kerngedanke besteht darin, daß nicht nur wie heute das Existenzminimum garantiert sein soll, sondern jedes noch nicht steuerpflichtige selbstverdiente Einkommen berechtigt zu einer Subvention, die das Einkommensniveau immer mehr – wenn auch mit immer geringerer Zuwachsrate – über das Existenzminimum anhebt, bis der Zuschuß schließlich beim heute höchsten noch steuerfreien Einkommen ganz wegfällt.

Welches sind die Vorteile dieser so einfachen neuen Idee? Erstens ist wegen des über das Existenzminimum hinausgehenden, vom selbstverdienten Einkommen abhängigen Leistungsanspruchs der Anreiz gegeben, mehr zu verdienen und sich durch eigene Anstrengung aus der Armut zu befreien. Zweitens bleibt infolge des automatischen Anrechts auf Subvention, das von den Steuerbehörden erfüllt wird, die Anonymität des Unterstützungsempfängers gewahrt, das Stigma der Armut haftet ihm also nicht mehr an. Drittens bleibt ihm die Möglichkeit erhalten, über sein Einkommen frei zu verfügen.

In den USA glauben viele Wissenschaftler und Gewerkschaftsführer, daß die Einführung einer negativen Einkommenssteuer entscheidend dazu beitragen würde, den Circulus vitiosus der Armut – insbesondere in den Negergettos – zu durchbrechen; langfristig würde sich diese negative Einkommenssteuer dann selbst überflüssig machen.

Entscheidend ist jedoch, daß dem Konzept der negativen Einkommenssteuer eine neue Konzeption von Armut zugrunde liegt, die besser in unsere Wohlstandsgesellschaft paßt. Armut wird nicht mehr primär als Sünde, sondern als «Krankheit» aufgefaßt, die es wie alle anderen Krankheiten zu beseitigen gilt. Wenn sich auch die negative Einkommenssteuer auf schweizerische Verhältnisse vielleicht nicht direkt übertragen läßt, so könnte doch diese neue Auffassung von Armut zum Ausgangspunkt verbesserter Sozialpolitik werden. *Leopold Kohn*